

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise⁽¹⁾

Klimasoziale Politik denkt die Verschränkung der Themenbereiche Klima und Soziales über die zentrale Forderung, dass Klimapolitik sozial gestaltet werden muss, hinaus. Folgen der Klimakrise müssen als soziales Risiko anerkannt und der Sozialstaat selbst zum Akteur in der Klimakrise werden. Zentrale Hebel sind dabei die Bekämpfung von Ungleichheit, die Gestaltung der Sozialleistungen und die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur.

Klimasoziale Politik

„Klimapolitik muss sozial gestaltet werden“ – an diese politische Forderung wird beim Thema Sozialpolitik und Klimakrise wohl häufig zuerst gedacht. Und dies nicht ohne Grund: Groß sind die Sorgen, dass etwa klimapolitische Auflagen Arbeitsplätze gefährden oder sich armutsgefährdete Menschen aufgrund eines CO₂-Preises noch häufiger keine warme Wohnung leisten können. Klimapolitiker*innen sind dazu aufgerufen, die sozialen Folgen von Maßnahmen mitzudenken und abzufedern. Das Zusammenspiel von Sozialpolitik und Klimakrise muss jedoch weiter gedacht werden: Zum einen ist es notwendig, dass die Auswirkungen der Klimakrise als neues soziales Risiko anerkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt werden. Zum anderen muss der Sozialstaat selbst zum Akteur in der Klimapolitik werden. Auf diese Aspekte geht dieser Beitrag näher ein.

Vereint werden können die drei Forderungen unter dem Ziel einer klimasozialen Politik. Der Begriff wurde im Buch *Klimasoziale Politik*, das 2021 von der *Armutskonferenz*, *Attac* und dem *BEIGEWUM* herausgegeben wurde,

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte und weiterentwickelte Version des Textes von Bohnenberger und Schultheiß, der 2021 im Buch *Klimasoziale Politik*, hrsg. von Armutskonferenz, Attac und BEIGEWUM, erschienen ist.

geprägt. Demnach strebt „[k]limasoziale Politik (...) nach einer sozialen, inklusiven und politisch fortschrittlichen Gesellschaft, in der alle ein selbstbestimmtes Leben führen können, ohne dabei ihre eigene oder die Lebensgrundlage anderer zu gefährden“ (*Aigner et al. 2021: 7*).

Eine Leitfrage lautet: Wie können die Lebensbedingungen der Vielen verbessert und gleichzeitig Emissionen reduziert werden? Dabei kann es zu Zielkonflikten kommen: Aspekte, die aus sozialer Sicht befürwortet werden können, müssen mitunter aus klimapolitischer Sicht abgelehnt werden und umgekehrt.

Klimakrise als neues soziales Risiko

Sozialstaaten entwickelten sich im globalen Norden, um soziale Risiken im Kapitalismus abzusichern. Die ersten Sozialversicherungen entstanden im Zuge der Industrialisierung für Unfall und Krankheit. Im 20. Jahrhundert kamen sukzessive weitere dazu, insbesondere die Arbeitslosenversicherung. Die Systeme sozialer Sicherung ermöglichen ein Leben abseits von Subsistenz und auch außerhalb von Familienverbänden, geben aber gleichzeitig weiterhin Normen in Hinblick auf die Lebensgestaltung vor (*Obinger 2006*). Sozialstaaten unterscheiden sich in ihrer Ausgestaltung, je nachdem welche Rolle Staat, Familie, Zivilgesellschaft oder auch die Kirche spielen. Esping-Andersen schlug vor mehr als 30 Jahren eine Typologie des Sozialstaates vor. Als wesentliches Unterscheidungskriterium für die verschiedenen Typen des Sozialstaates gilt der Grad, in dem der Bezug von Sozialleistungen an die Teilnahme am Erwerbsarbeitsmarkt gekoppelt ist, und davon abhängig, wie sehr der Sozialstaat in deren Verteilung eingreift. Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten, wie etwa Schweden, setzen Erwerbsarbeit zu einem geringeren Grad für den Bezug von Sozialleistungen voraus als konservative Wohlfahrtsstaaten wie Österreich (*Esping-Andersen 1990*). Nichtsdestotrotz bleibt die Verbindung zwischen Sozialstaat und Erwerbsarbeit in (fast) allen Staaten eng, was zu unterschiedlichen Problemlagen führt. Insbesondere die Wachstumsabhängigkeit von Sozialleistungen ist problematisch, da Sozialversicherungssysteme instabil werden, sollte Wirtschaftswachstum nicht mehr möglich – und erwünscht – sein (*Bohnenberger / Schultheiß 2021*).

Die Klimakrise bringt neue Ungleichheiten und Konflikte mit sich, diese

müssen von einer Sozialpolitik adressiert werden. Es ist notwendig, die Bedürfnisse künftiger Generationen in allen Teilen der Welt mitzudenken und die Deckung von Grundbedürfnissen für alle sicherzustellen. Die für die Krisenbewältigung notwendigen Klimaschutzmaßnahmen werden große Effekte im Bereich der Verteilung haben und müssen entsprechend sozialpolitisch begleitet werden. Sozialstaaten müssen die Klimakrise daher als neues soziales Risiko anerkennen – wie vor 100 Jahren die Arbeitslosigkeit – und die Bürger*innen entsprechend dagegen absichern (*Bohnenberger / Schultheiß 2021*).

Der Sozialstaat als Akteur in der Klimakrise

Für den Sozialstaat als Akteur in der Klimapolitik gibt es zwei zentrale Ansatzpunkte: **1)** die Reduktion ökonomischer Ungleichheit und **2)** die Gestaltung von Sozialleistungen.

Die Reduktion ökonomischer Ungleichheit spielt eine wichtige Rolle für effektiven Klimaschutz. Der Sozialstaat muss den Menschen ein gutes Leben ermöglichen, das nicht auf der Ausbeutung anderer basiert. Das gilt sowohl für die Einkommensgenerierung als auch für die Einkommensverwendung. Gemeinsam mit der Arbeitspolitik sollte die Sozialpolitik Menschen ermöglichen, klimaschädliche Arbeitsplätze ablehnen bzw. verlassen zu können – etwa über breitflächige Umschulungen, Förderung des Zugangs zu nachhaltigen Arbeitsplätzen oder eine öffentliche, sozial-ökologische Jobgarantie etc. (*Keil 2021*). Auf der Konsumebene muss dafür gesorgt werden, dass nachhaltige Lebensstile nicht den Reicheren vorbehalten bleiben. Sogenannte Lock-in-Emissionen müssen verhindert werden. Dabei handelt es sich um Treibhausgasemissionen, die aufgrund von fehlenden finanziellen Zugangsmöglichkeiten zu umweltfreundlicheren Technologien oder Produkten entstehen.

Zum anderen muss sich der Sozialstaat aus ökologischer Sicht dem anderen Ende der Einkommensverteilung annehmen. Denn hier sind maßgebliche Verursacher*innen der Klimakrise zu finden: So sind die reichsten fünf Prozent der Weltbevölkerung für 46 Prozent des Anstiegs der globalen Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2015 verantwortlich, während sich die Emissionen der unteren Einkommenshälfte der Weltbevölkerung in der gleichen Zeit kaum verändert haben (*Gore 2020*). In Europa emittiert das einkommens-

reichste Prozent pro Kopf durchschnittlich mehr als das Siebenfache des EU-Durchschnitts (Ivanova / Wood 2020). Diese Luxusemissionen zu verhindern bzw. einzuschränken muss Teil einer klimagerechten Sozialpolitik sein. Geeignete Mittel dafür sind Einkommens- und Vermögensbegrenzungen. Während es beim sozialen Mindestbedarf sehr konkrete Grenzen gibt, etwa den Richtsatz in der Mindestsicherung, fehlen solche Richtsätze für die oberen Grenzen (Marterbauer / Schürz 2022). Eine entsprechende Besteuerung könnte das Klima schützen und den Ausbau des Sozialstaats finanzieren, was wiederum zu weiterem Klimaschutz beitragen könnte, wenn diese Mittel in klimagerechte Sozialleistungen und Infrastruktur investiert werden würden.

Der Sozialstaat kann durch die Gestaltung von Sozialleistungen zum Erreichen der Klimaneutralität beitragen. Sozialleistungen können grundsätzlich auf drei Wegen ausgegeben werden: als Geldleistungen, etwa in Form von Lohnersatzleistungen oder als Steuergutschriften; als Gutscheine, die den Empfänger*innen Zugang zu einem Produkt oder einer Dienstleistung garantieren, oder als Sachleistungen, in Form von öffentlichen Einrichtungen und Infrastrukturen. Um bei individuellem Verhalten anzusetzen, können Gutscheine ein geeignetes Mittel sein. Nach Bohnenberger (2020) können sie: **a)** sicherstellen, dass Menschen hinreichend Zugang zu einem Gut oder einer Dienstleistung bekommen, auch wenn die Preise dafür – beispielsweise durch Klimaerhitzung – schwanken, **b)** Änderungen im Lebensstil anregen und **c)** die Entstehung von sozial-ökologischen Angeboten fördern. Aus klimasozialer Perspektive müssen Gutscheine im Einzelfall bewertet werden, da sie aus sozialer Sicht aufgrund ihres (stark) bevormundenden Charakters kritisch zu sehen sind. Ein Gutschein für den Tausch einer Gastherme ist beispielsweise anders zu bewerten als Lebensmittelgutscheine.

Relativ kurzfristig könnten Klimamaßnahmen in staatlich betriebenen stationären Einrichtungen (z. B. in Pflegewohnhäusern oder Einrichtungen für Wohnungslose), umgesetzt werden: Diese reichen von klimateffizienten Heiz- und Kühlsystemen über Begrünung und Solaranlagen bis hin zu Vorgaben für Lieferant*innen und für Kantinen. Hierzu sollten Förderrichtlinien – insbesondere für Neubauten, aber auch für bestehende Einrichtungen – mit Expert*innen aus Bau- und Klimabereichen weiterentwickelt und notwendige Investitionen bzw.

Subventionen diskutiert werden. Ein zentraler Hebel dafür ist die öffentliche Vergabe. Das österreichische Bundesvergabegesetz ermöglicht ausschreibenden öffentlichen Stellen bereits jetzt die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei öffentlichen Aufträgen (*Österreichischer Nationalrat 2018*). Diese Möglichkeit sollte verstärkt für klimasoziale Ziele genutzt werden.

Auch strukturell sind deutliche Verbesserungen in den Systemen sozialer Sicherung möglich: So sollte im Gesundheitssektor statt nachsorgenden, ressourcenintensiven Behandlungen auch aus der Klimaperspektive noch viel stärker auf Gesundheitsprävention wie Vorsorgeuntersuchungen oder Gesundheitskurse gesetzt werden (*Haas 2021*). Im Bereich des Langzeitpflegesystems sollte in Österreich ein deutlich stärkerer Fokus auf alternativen Wohnformen im Alter liegen als derzeit auf der mobilen Pflege. Denn bei der mobilen Pflege werden insbesondere in ländlichen Regionen einerseits oft lange Wege mit brennstoffbetriebenen Fahrzeugen zurückgelegt und es ist nur bedingt möglich, auf kurzfristige Bedürfnisse von pflegebedürftigen Menschen einzugehen. Zudem leben Pflegebedürftige nicht selten (allein) in zu groß gewordenen, teils schlecht isolierten Häusern (*Aigner / Lichtenberger 2021*). Alternative Wohnformen könnten soziale Aspekte – mehr Zeit für die Pflege, Sozialkontakte für Pflegebedürftige und Pflegenden – und Klimaaspekte verbinden.

Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge: klima- und sozial gerecht

Öffentliche Daseinsvorsorge und sozial-ökologische Infrastruktur sind ein wesentlicher Baustein der klimasozialen Transformation. In den letzten Jahren hat sich der Staat vielerorts aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurückgezogen. Aufgrund des demographischen Wandels (Alterung, Abwanderung) ist die Infrastruktur gerade in ländlichen Gebieten bereits jetzt häufig unzureichend (*Beukert et al. 2021*).

Infrastrukturelle Leistungen des Staates bzw. der öffentlichen Hand sind jedoch notwendig, um ein gutes und klimafreundliches Leben zu ermöglichen. Zentrale Bereiche in diesem Zusammenhang sind Energie, Mobilität und Wohnen, aber auch Freizeitangebote, Nahversorgung, Gesundheit, Bildung und Ernährung (*Novy et al. 2019*). Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, dass sozial-ökologische In-

frastruktur öffentlich geplant, finanziert und sichergestellt wird (Kompetenzzentrum für Alltagsökonomie 2022). In vielen europäischen Sozialstaaten und auch in Österreich ist es möglich, auf Bestehendes aufzubauen und es für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu adaptieren (*Novy et al. 2019*).

Diese Adaptionen sind u. a. in folgenden Bereichen relevant:

Mobilität: Das derzeitige Mobilitätsregime basiert stark auf motorisiertem Individualverkehr, insbesondere auf dem Land. Dieses Regime schließt Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Ältere und Kinder von sozialer Teilhabe und der Befriedigung ihrer Mobilitätsbedürfnisse aus. Gleichzeitig ist Verkehr jener Sektor, der seit 1993 den größten Zuwachs an Emissionen verzeichnet. Klimasoziale Mobilität zielt darauf ab, sichere und klimaneutrale Fortbewegung für alle zu ermöglichen. Das kann durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder von Sharing-Angeboten passieren ebenso wie durch die Förderung von aktiver Mobilität (*Brenner 2021*). Letzteres wiederum erfordert insbesondere ein Umdenken in der Gestaltung von Städten und Gemeinden.

Gestaltung öffentlicher Räume: Klimasoziale Städte und Gemeinden müssen Nahversorgung am Wohnort und kurze Wege ermöglichen. Dafür braucht es eine gute Gesundheitsversorgung, wohnortnahe Betreuungsangebote für Kinder ebenso wie kostenlose Freizeitangebote. Der öffentliche Raum spielt für Menschen mit geringem Einkommen eine wichtige Rolle: Es braucht Grünräume und Orte, die Zusammenkünfte ohne Konsumzwang ermöglichen. In Städten erfüllen öffentliche Grünflächen eine wichtige soziale Funktion und tragen auch zur Abkühlung bei. Angesichts der steigenden Anzahl an Hitzetagen müssen Begrünung und kühle Orte integraler Teil von Stadtplanung sein (*Allinger et al. 2021*).

Wohnen: Die aktuellen Krisen zeigen sehr deutlich, wie wichtig Wohnen ist. In der ersten Phase der Pandemie waren Ungleichheiten hier besonders sichtbar: zwischen jenen, die ein Haus im Grünen mit eigenem Garten zur Verfügung haben, und jenen, die in beengten, dunklen Wohnungen weit weg von Grünräumen wohnen. Die Energiekrise verstärkt diese Ungleichheiten weiter. Insbesondere Mieter*innen ist es oft nicht möglich, für eine bessere Dämmung ihrer Häuser und Wohnungen zu sorgen oder auf ein nachhaltiges

Heizsystem umzustellen (*Litschauer et al. 2021*). Ziel muss es sein, ökologisch nachhaltiges und leistbares Wohnen für alle zu ermöglichen – etwa durch mehr gemeinschaftliches Wohnen, nachhaltiges Bauen und vorausschauende Raumplanung.

Fazit

Im Verständnis von klimasozialer Politik müssen beim Zusammendenken der Themenbereiche Klima und Soziales zumindest drei Aspekte berücksichtigt werden: **1)** Klimamaßnahmen müssen sozial gestaltet werden, **2)** die Folgen der Klimakrise müssen als soziales Risiko anerkannt und **3)** der Sozialstaat muss selbst zum Akteur in der Klimakrise werden. Zentrale Hebel sind dabei die Bekämpfung von Ungleichheit, die Gestaltung von Sozialleistungen und die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Um eine entsprechende Umgestaltung des Sozialstaats zu ermöglichen, braucht es insbesondere auch eine Diskussion darüber, welche Ziele der Sozialstaat erreichen soll: Wenn die Zieldefinition die Sicherung von Grundbedürfnissen künftiger Generationen ebenso wie von Menschen im globalen Süden ist, kann möglichen Zielkonflikten zwischen Klima- und Sozialpolitik vorgebeugt werden.

Österreich steht noch relativ am Anfang der Diskussion und es gilt, für die verschiedenen Bereiche des Sozialstaates konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Was nicht vergessen werden darf: Die betroffenen Personengruppen müssen in die entsprechenden Überlegungen umfassend eingebunden werden.

***Jana Schultheiß** ist Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und Mitglied im Vorstand des **BEIGEWUM**.*

***Clara Moder** ist Sozioökonomin und arbeitet als Referentin für arbeitsmarkt- und sozialpolitische Grundlagen bei arbeit plus. Sie ist Mitglied im Koordinationsteam der Armutskonferenz und Teil des Redaktionsteams des Buches **Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten**.*

Literatur

- Aigner, Ernest / Allinger, Laura / Eigner, Michael / Moder, Clara / Plank, Christina / Taschwer, Mario / Theine, Hendrik / Theurl, Simon / Vrtikapa, Katerina (2021): Vorwort. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 5–15.
- Aigner, Ernest / Lichtenberger, Hanna (2021): Pflege: Sorglos? Klimasoziale Antworten auf die Pflegekrise. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 175–183.
- Allinger, Laura / Moder, Clara / Schenk, Martin / Rybaczek-Schwarz, Robert (2021): Armut durch Klimapolitik überwinden. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 107–118.
- Beukert, Thomas / Gramlich, Ludwig / Grüttner, André / Rottmann, Oliver (2021): Zukunftsorientierte Daseinsvorsorge in der kommunalen Infrastrukturversorgung. Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig (KOWID).
- Bohnenberger, Katharina (2020): Money, Vouchers, Public Infrastructures? A Framework for Sustainable Welfare Benefits. In: Sustainability, 12, 596. <https://doi.org/10.3390/su12020596> [Zugriff: 29.10.2022].
- Bohnenberger, Katharina / Fritz, Martin (2020): Making welfare resilient. Creating stable & sustainable welfare systems in times of declining economic growth. (Transformation Policy Briefs #2). ZOE-Institute for future-fit economies. https://zoe-institut.de/wp-content/uploads/2020/12/ZOE_Policy_Note_Welfare_201213.pdf [Zugriff: 25.10.2022].
- Bohnenberger, Katharina / Schultheiß, Jana (2021): Sozialpolitik für eine klimagerechte Gesellschaft. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 71–81.
- Brenner, Alexander (2021): Mobilität: Warum eine klimafreundliche Umgestaltung sozial gerecht ist. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 163–174.
- Österreichischer Nationalrat (2018): Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen. BVerG 2018. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20010295> [Zugriff: 2.11.2022].
- Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton: Princeton University Press.
- Haas, Willi (2021): Gesundheit für alle. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 131–141.

- Keil, A. Katharina (2021): Lohnarbeit sozial und ökologisch gerecht gestalten. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 185–193.
- Kompetenzzentrum für Alltagsökonomie (2022): Über die Alltagsökonomie. <https://alltagsoekonomie.at> [Zugriff: 3.11.2022].
- Gore, Tim (2020): Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery. Oxfam Media Briefing 12. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/confronting-carbon-inequality-putting-climate-justice-at-the-heart-of-the-covid-621052> [Zugriff: 29.10.2022].
- Ivanova, Diana / Wood, Richard (2020): The unequal distribution of household carbon footprints in Europe and its link to sustainability. In: Global Sustainability, 3, 18. <https://doi.org/10.1017/sus.2020.12> [Zugriff: 29.10.2022].
- Litschauer, Katharina / Grabner, Daniel / Smet, Koen (2021): Wohnen: Inklusiv, leistbar, emissionsfrei. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 153–161.
- Marterbauer, Markus / Schürz, Martin (2022): Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht. Wien: Paul Zsolnay Verlag.
- Novy, Andreas / Bärnthaler, Richard / Stadelmann, Basil (2019): Infrastrukturen „für alle“: Das Beispiel Wien. In: Kurswechsel, 4, S. 15–25.
- Obinger, Herbert (2006): Modelle sozialer Sicherung und sozialpolitische Entwicklungstrends im internationalen Vergleich. In: Lamnek, Siegfried / Olbrich, Gaby / Schäfer, Wolfgang J. (Hrsg.): Tatort Sozialstaat. Angriffe auf das Netz von Generationen. Wien: ÖGB, S. 125–146.

DER ARTIKEL ENTSTAMMT DEM BUCH



**Herausgegeben von
Die Armutskonferenz, Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig,
Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger,
Robert Rybaczek, Martin Schenk**

BoD-Verlag

Online: www.armutskonferenz.at/buch-es-brennt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
-------------------------	-----------

FLÄCHENBRAND: Die großen sozial-ökologischen Problemfelder

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage

Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an.....	17
--	-----------

Stephan Lessenich

Klima – Klasse – Konsum

Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise.....	31
---	-----------

Karin Fischer

Klima-Kolonialismus

Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise.....	43
--	-----------

Judith Kohlenberger

Migration bekämpfen, Klima retten?

Chancen einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik	51
--	-----------

GLUTNESTER: Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft

Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme.....	61
---	-----------

Ilja Steffelbauer

Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung

Ernährungssouveränität als Lösung.....	73
--	-----------

Elisa Klein Díaz und Michaela Moser

Ernährungssouveränität weiterentwickeln

Bestehende Initiativen und notwendige Schritte.....	83
---	-----------

Christine Sallinger

Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen

Ein Kommentar.....	89
--------------------	-----------

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird.....**95**

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen

Ein Kommentar.....**105**

Alexander Brenner-Skazedonig, Lina Mosshammer

Die klimasoziale Mobilitätswende

Raus aus dem teuren Autozeitalter.....**109**

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit

Ein Interview.....**117**

BRANDSCHUTZ: Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie

Armut verhindern und ökosoziale Transformation verwirklichen**123**

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Eine konkrete Utopie für eine solidarische Gesellschaft.....**135**

Marie Chahrour

Nachhaltige Arbeit

Ein Weg zu einem guten Leben für alle**147**

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise**153**

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren

Das Beispiel Österreich.....**163**

Wolfgang woldt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken

Ein Kommentar.....**173**

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten

Eine Ideensammlung.....179

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen.....183

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit

Drei Schritte auf dem Weg dorthin.....189

Robert Blum

Who cares?

Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise.....197

Verena Fabris, Martin Schenk

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten

Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz.....207

DIE ARMUTSKONFERENZ.

Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.

Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung von deren Lebenssituation.

Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

www.armutskonferenz.at

Die 13. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 Bundesministerium
Arbeit

 Bundeskanzleramt







klimaaktiv



Lebens skizzen

„Lebensskizzen“ macht den Alltag derer sichtbar, die nicht im Licht stehen. Verstärkt die Stimmen, die gewöhnlich überhört werden. Erzählt Geschichten, von denen keiner erzählt.

EVA

Ich bin die Bewohnerin in der Siedlung, die sicherlich die meisten Gartenbegehungen und Hausbegehungen über sich ergehen lassen musste. Gartenbegehung, gut, soll sein, obwohl das ein Eckhaus ist und sie jederzeit alles auch von draußen sehen können. Aber gut, ist auch lustig anzuschauen, wenn eine Prokuristin mit Seidenkleidchen, Nerzmäntelchen und Stöckelschüchen im November in meinem Wildgarten herumstakt...



*Lies Evas ganze
Geschichte hier*





Die Heilsarmee gibt es noch.

Armut und Obdachlosigkeit auch.

heilsarmee.at



Anerkannte Einrichtung nach den Förderrichtlinien des Fonds Soziales Wien, gefördert aus den Mitteln der Stadt Wien

Für die Stadt Wien

Budgetberatung für einen besseren Überblick

Budget  Österreic**h**  **beratung**

Seit mehr als 10 Jahren gibt es mit der Budgetberatung ein **kostenloses und unabhängiges Angebot** der staatlich anerkannten Schuldenberatungen.

In Abgrenzung zur Schuldenberatung ist Budgetberatung ein präventives Instrument, das sich auf Fragen zu Haushaltsfinanzen bezieht. **Zielgruppe sind Menschen, deren Einkommenssituation sich verändert und/oder deren Einkommen niedrig ist.** Etwa vor der ersten eigenen Wohnung, wenn ein Kind geplant ist oder die Pensionierung ansteht. Budgetberatung wird in fast ganz Österreich angeboten.

Anmeldung und Materialien wie Budgetbeispiele und Budgetvorlagen:
www.budgetberatung.at



Budgetrechner mit direktem Vergleich zu den Budgetbeispielen (Referenzbudgets):
www.budgetrechner.at

Auskommen
mit dem
Einkommen